Die Verwaltung der Stadt Radevormwald wird beauftragt, im Rahmen der zu beschließenden Maßnahmen gegen rechtsextremistische Entwicklungen in Radevormwald mit der Stelle "Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln" Kontakt aufzunehmen und mit dieser zu erörtern, welche der von dieser angebotenen Maßnahmen für die Stadt Radevormwald sinnvoll nutzbar wären.

Hierüber soll die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung des Rates Bericht erstatten und einen entsprechenden Vorschlag in die Tagesordnung zur nächsten Sitzung des Rates einbringen.